



Die Plätze für Asylsuchende sollen wohl ausreichen. Tamedia

## Asyl: Regierung hebt Notlage auf

LUZERN Der Regierungsrat hat beschlossen, dass ab heute die Notlage bei der Unterbringung und Betreuung von Personen aus dem Asyl- und Flüchtlingsbereich aufgehoben wird. Auch die Zuweisung an die Gemeinden werde per 30. September aufgehoben. Wie mitgeteilt wurde, kann aufgrund der aktuellen Situation und entsprechender Prognosen davon ausgegangen werden, dass die vorhandenen Plätze im Kanton Luzern für 2023 ausreichen werden. DAG

## Schwarzarbeiter festgenommen

BAAR Spezialisten der Zuger Polizei führten am Dienstag auf einer Baustelle eine Kontrolle gegen Schwarzarbeit durch. Dabei wurden zwei Männer erwischt, die ohne Arbeitsbewilligung als Gerüstbauer arbeiteten und sich illegal in der Schweiz aufhielten. Es handelt sich um zwei kosovarische Staatsangehörige (21 und 25). Sie wurden festgenommen, durch den Schnellrichter verurteilt, mit Einreiseverboten belegt und ausgeschafft. DAG

## Bei Treppensturz schwer verletzt

ZUG Ein Mitarbeiter einer Sicherheitsfirma ist am Dienstag auf einem Rundgang aus noch ungeklärten Gründen mehrere Meter eine Treppe hinuntergestürzt. Dabei zog er sich Kopfverletzungen zu und musste reanimiert werden. Ein Arbeitskollege ist dem 70-Jährigen sofort zur Hilfe geeilt und hat die Rettungskräfte alarmiert. Nach der medizinischen Erstversorgung durch den Rettungsdienst Zug wurde der Mann in kritischem Zustand in ein ausserkantonales Spital überführt, wie die Zuger Strafverfolgungsbehörden mitteilten. DAG

# So entsorgst du in der Stadt deinen Güsel richtig

LUZERN Mit einem informativen Video will die Stadt Luzern die Anwohnenden über den korrekten Ablauf bei der Müllentsorgung informieren.

Zu den grössten Problemen des Strasseninspektorats bei der Abfallbewirtschaftung in der Stadt Luzern gehören die illegale Entsorgung von Güsel und Säcken, die von Tieren aufgerissen wurden. Mit einem Animationsvideo – mit Untertiteln in sieben Sprachen – zeigt sie nun, wie es geht.

Im Video erfährt man, dass etwa Sperrgut, Grüngut, Papier, Karton und Altmittel separat gesammelt werden. Für Altglas, Aluminium, Blechdosen, Batterien und Kleider gibt es in den Quartieren Sammelstellen und grössere Abfallmengen können in die regionalen Ökihöfe ge-

bracht werden. Die blauen Real-Säcke dürfen erst am Sammeltag um sieben Uhr bereitgestellt werden. So kann verhindert werden, dass Tiere in der Nacht die Säcke aufreissen und dadurch den Abfall auf der Strasse verteilen. In anderen Gemeinden wird das verhindert, indem Container für die Bewohner bereitgestellt werden – das erleichtert auch die Aufgabe der Real. «Für Gebäude und Wohnhäuser aus sechs Haushaltungen schrei-

ben wir eine Containerpflicht vor», so Matthias Bättig, Verantwortlicher Entwicklung und Kommunikation beim Strasseninspektorat.

Was aber sagen die Luzernerinnen und Luzerner dazu, dass das Strasseninspektorat für diese Informationen extra ein Video produzieren lässt, das 15 000 Franken kostet? «Ich finde es gut. So findet man die benötigten Informationen sehr schnell», sagt etwa eine befragte 18-Jährige. DAG



## Aufruf der Spitex an alle Interessenten



Mitarbeitende der Spitex Stadt Luzern. Spitex Stadt Luzern

LUZERN Am Samstag findet der diesjährige nationale Spitex-Tag statt, und der steht unter dem Motto: «Wo kann ich eigenständig und in einem Team arbeiten? Bei der Spitex!» Diesen Tag nimmt auch die Spitex Stadt Luzern zum Anlass, um ihre Veranstaltung zu lancieren, bei der potenzielle, angehende und bereits ausgebildete Fachkräfte den Betriebsalltag der Spitex vor Ort kennen lernen können. Ziel ist, neue Mitarbeiter zu gewinnen. «Am Infotag werden auch Fragen beantwortet und der Fokus

liegt darauf, den Beruf so realitätsnah wie möglich zu zeigen und einen Einblick zu gewähren, wie die Arbeit im Alltag aussieht», sagte Sprecherin Eva Müller auf Anfrage. Dazu wird auf der Website ein Anmeldeformular aufgeschaltet, damit man sich für die Tour de Spitex vom 18. November anmelden kann. Die Spitex der Stadt beschäftigt über 350 Mitarbeitende, die mehr als 1000 Personen pro Monat betreuen und pflegen. DAG  
Weitere Infos: [www.spitex-luzern.ch/tour-de-spitex](http://www.spitex-luzern.ch/tour-de-spitex)



Die AHV-Reform tritt 2024 in Kraft. 20min/Matthias Spicher

## Frauen müssen ab 2025 länger arbeiten

BERN In knapp eineinhalb Jahren steigt das Rentenalter für Frauen schrittweise von 64 auf 65 Jahre an. Der Bundesrat hat gestern die Änderung der entsprechenden Verordnung gutgeheissen. Sie tritt zusammen mit der Reform am 1. Januar 2024 in Kraft.

Das Renten-Referenzalter für Frauen steigt 2025 zum ersten Mal um drei Monate. Frauen, die 1962 geboren sind, müssen sechs Monate länger arbeiten bis zur Pensionierung, 1963 geborene neun Monate und 1964 geborene, bis sie das Alter von 65 erreicht haben. Der Rentenzuschlag wird beim Erreichen des Referenzalters aufgrund des bis dahin erzielten durchschnittlichen Jahreseinkommens festgelegt. Der Rentenzuschlag ist ein fixer Betrag, der lebenslang unverändert ausbezahlt wird.

Die Anhebung wird von Ausgleichsmassnahmen begleitet: Frauen der Übergangsgeneration (Jahrgang 1961 bis und mit 1969) können ihre Rente zu besseren Bedingungen vorbezahlen oder sie erhalten einen Rentenzuschlag, wenn sie bis 65 Jahre arbeiten. Die Reform wird auch mehr Flexibilität ermöglichen: Die Versicherten können den Zeitpunkt ihres Renteneintritts zwischen 63 und 70 Jahren frei bestimmen. Dank der Möglichkeit, eine Teilrente zu beziehen, können sie ihre Erwerbstätigkeit schrittweise reduzieren. Personen, die nach dem 65. Lebensjahr weiterarbeiten, können unter bestimmten Bedingungen ihre Beitrags- und Versicherungslücken schliessen und so ihre Rente verbessern, wodurch ein Anreiz geschaffen wird, länger zu arbeiten. JAR

# Bund will neues Steuersystem – das kommt auf dich zu

BERN Der Bundesrat will auf allen Staatsebenen die Individualbesteuerung einführen. Wir zeigen, wer profitiert und wer nicht.

**Individualbesteuerung:** Seit Jahren sorgt sie für heftigen Streit. Bereits eingereicht ist eine Volksinitiative dazu. Sie verlangt, dass verheiratete Menschen separat und nicht mehr als Paar besteuert werden. So soll auch die «Heiratsstrafe» endlich abgeschafft werden. Womöglich stimmt das Volk aber gar nie über die von der FDP lancierte Initiative ab, denn der Bundesrat setzt ebenfalls auf das neue Steuersystem und präsentiert nun Eckwerte eines Gegenvorschlags zum Volksbegehren – und diese haben es in sich. Das neue System soll auf allen Stufen – Bund, Kanton und Gemeinde – gelten. **Wer profitiert?** Primär verheiratete Paare. Derzeit bezahlen diese in gewissen Konstellatio-

nen mehr Steuern, als wenn sie keine Ehe geschlossen hätten. Der bürokratische Aufwand erhöht sich indes: Künftig sollen beide Ehepartner eine eigene Steuererklärung ausfüllen müssen. Gute Nachrichten gibt es auch für Eltern: Der Kinderabzug bei der direkten Bundessteuer soll von 6600 auf 12 000

Franken erhöht werden. Insgesamt rechnet der Bund mit Mindereinnahmen von einer Milliarde Franken. Tendenziell entlastet werden sollen tiefere und mittlere Einkommen. **Wer muss mehr Steuern bezahlen?** Die Steuersätze für «sehr hohe» Einkommen sollen laut dem Finanzdepartement leicht

erhöht werden. Eher negativ sind die Auswirkungen auch für Ehepaare mit nur einem Einkommen oder einem tiefen Zweiteinkommen. Der Bundesrat spricht von einer «gewissen Mehrbelastung». Die Anzahl der Personen, die mehr Steuern zahlen werden, sei aber «deutlich» tiefer als jene von Menschen, die profitieren sollen.

**Was ist das Ziel der Vorlage?** Es sollten «positive Erwerbsanreize» geschaffen werden, so der Bundesrat. Er meint wohl, dass Frauen ihre Pensen tendenziell erhöhen können, ohne steuerlich bestraft zu werden. Wegfallen würde auch die «Heiratsstrafe». Es soll also nicht mehr vorkommen, dass verheiratete Paare mehr Steuern bezahlen als unverheiratete.

**Ab wann gilt das neue Regime?** Das lässt sich nicht detailliert sagen. Bis im März 2024 will der Bundesrat die Botschaft zum neuen «Bundesgesetz über die Individualbesteuerung» erarbeiten, danach ist das Parlament am Zug. VUC



Finanzministerin Karin Keller-Sutter: Die Steuerverwaltung arbeitet an einem neuen Gesetz zum Steuersystem. 20min/Stefan Lanz

## Neuer Bundesratsflieger für 103 Millionen Franken

Die Flieger des Bundes sind in die Jahre gekommen, einer soll ersetzt werden. Wie der Bundesrat gestern beschlossen hat, soll die jetzige Cessna-Maschine durch eine Bombardier ersetzt werden. So solle die Transportkapazität des Bundes erhöht werden, etwa für Evakuierungen oder bei Flügen für humanitäre Zwecke. Auch könne der neue Flieger zur Soforthilfe bei Umweltkatastrophen und humanitären Notlagen, Transporten von Verhandlungsdelegationen oder Lufttransporten von Bundesratsmitgliedern eingesetzt werden. Die Cessna Citation Excel 560XL soll voraussichtlich 2025 durch eine neue Bombardier Global 7500 (Bild) ersetzt werden, wie es weiter heisst. Der Kostenpunkt: rund 103 Millionen Franken. PIR

Bombardier



## Register gegen Geldwäscherei

BERN Der Bundesrat hat einen Gesetzesentwurf zur besseren Bekämpfung von Geldwäscherei in die Vernehmlassung geschickt. Da juristische Personen, also Firmen und andere Organisationen, weltweit von Kriminellen für Geldwäscherei, Steuerhinterziehung und Sanktionsumgehungen missbraucht würden, solle ein eidgenössisches Register eingeführt werden. Darin sollten sich juristische Personen mit Angaben zu ihren wirtschaftlich berechtigten eintragen müssen. Für die meisten von ihnen ist ein vereinfachtes Meldeverfahren vorgesehen. Dies erfordere im ersten Jahr einen Zusatzaufwand von 20 Minuten, in den Folgejahren weniger. Das Register wird vom Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartement geführt und ist nicht öffentlich einsehbar. Eine Stelle des Eidgenössischen Finanzdepartements soll kontrollieren und gegebenenfalls Sanktionen aussprechen. DTR